

Switak überlegt jetzt, aus Schultz-Wohnung auszuziehen

Die Agrargemeinschaften, der Seilbahnunternehmer Heinz Schultz und die Kinderklinik beschäftigten gestern die Abgeordneten.

Innsbruck – Es war ein Abend mit geballter politischer Brisanz: Gemeindegutsagrargemeinschaften, Kinderklinik und die Wohnungsaffäre um Raumordnungs- und Finanzlandesrat Christian Switak (VP) sowie Kritik am Zillertaler Seilbahnunternehmer Heinz Schultz beschäftigten gestern die Abgeordneten im Landtag. Den Anfang machten einmal mehr die Agrargemeinschaften: In einem Dringlichkeitsantrag forderten die Liste Fritz und die Grünen Klarstellungen zum Gemeindegut und Einsicht in die seinerzeitigen Regulierungsakten. Mit der Definition zum Gemeindegut sollen lange Verfahren verhindert werden, argumentierte LA Andreas Brugger (Liste Fritz). Die Anträge der Opposition wurden jedoch abgelehnt.

Mit dem Dauerbrenner „Kinderklinik“ wurde Gesundheits-LR Bernhard Tilg (VP) in die Pflicht genommen. Tilg verteidigte die in dieser Woche von Medizinischer Universität und Landeskrankenanstaltengesellschaft Tilak präsentierten Sofortmaßnahmen und Strukturreformen. Grüne, FPÖ und Liste Fritz kritisierten das Versagen in der Vergangenheit und forderten eine klare Führungsstruktur an der Klinik.

Die Causa Switak kam spätabends zur Sprache. Der Landesrat war unter Beschuss geraten, weil er von Liftkaiser Heinz Schultz eine Wohnung im Zentrum Innsbrucks um 800 Euro plus 240 Euro Betriebskosten gemietet hat. Außerdem war nicht er, sondern seine Lebensgefährtin in der Wohnung gemeldet.

Der Preis sei alles andere als marktkonform, kritisierten die Grünen und die Liste Fritz. Der Kaltenbacher Bürgermeister und SP-LA Klaus Gasteiger nahm Heinz Schultz ins Visier. Die Netzwerke Schultz' würden weit in die Landesregierung reichen, Switak sei ein Mittel zum Zweck, kritisierte Gasteiger und forderte Switak auf, sich von Schultz zu distanzieren. Schultz erhalte für seine Projekte Förderungen des Landes, der Tourismusverbände und der Gemeinden. Er, so Gasteiger, habe wissen wollen, wie viel öffentliches Geld geflossen sei. Eine entsprechende Anfrage hat Gasteiger an die Wirtschaftslandesrätin Patrizia Zoller-Frischauf gestellt. „Keine meiner Fragen wurde beantwortet. Die Landesrätin hat lediglich auf den Datenschutz verwiesen.“

Es sei keine Untertreibung, von „einer Verschultzung des Landes zu sprechen“, meinte Gasteiger. Entweder sei Schultz ein grenzgenialer Unternehmer oder jemand, der ständig am Rande der Legalität seine Geschäfte abwickle. „Die Verschultzung im Lande muss aber aufhören.“

Für LA Gebi Mair (Grüne) hat sich die Schultz-Gruppe einen Landesrat gekauft. Dafür handelte er sich einen Ordnungsruf ein. Switak wies die Vorwürfe zurück und bat die Mandatäre noch einmal: „Messen Sie mich daran, ob mein Vermieter einen Vorteil aus meiner Tätigkeit hat. Ich übe meine Arbeit gesetzeskonform aus.“ Es gebe keine Bevorzugung von Schultz.

FP-Chef LA Gerald Hauser verlangte Konsequenzen. Switak solle aus der Schultz-Wohnung ausziehen. Das kündigte Switak auch an. Er überlege, sich eine andere Wohnung zu nehmen. Die letzten Tage seien nicht erfreulich gewesen. Er habe wenig Lust, in seiner täglichen Arbeit ständig damit konfrontiert zu werden.

Im Raum steht letztlich eine mögliche Rechnungshofprüfung der Förderungen an die Schultz-Gruppe. (pn, aheu)